

## Anträge

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

### Inhaltsverzeichnis

#### A - Innenpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Hessen kann mehr – unsere Jugendkampagne zur Landtagswahl 2023 Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1) <i>angenommen</i>	7
A01-Ä03	Änderungsantrag zu A01 Sarah Tabea Weber (SPD-Unterbezirk Gießen) <i>angenommen</i>	14
A01-Ä05	Änderungsantrag zu A01 Mark Müller (SPD-Unterbezirk Lahn-Dill) <i>angenommen</i>	15

**B - Bildung**

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	<b>Kein Geschichtsunterricht ohne die erste und zweite deutsche Frauenbewegung</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	17
B01-Ä01	<b>Änderungsantrag zu B01</b> UB-Vorsitz Jusos Limburg-Weilburg (Unterbezirk Limburg-Weilburg · Nr. LW-1) <i>angenommen</i>	18
B04	<b>Medienkompetenz ist mehr als PowerPoint</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3) <i>angenommen</i>	19
B06	<b>Sex matters! – Kinder und Jugendliche vernünftig aufklären</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3) <i>angenommen</i>	20
B06-Ä01	<b>Änderungsantrag zu B06</b> UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1) <i>angenommen</i>	21
B06-Ä02	<b>Änderungsantrag zu B06</b> UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1) <i>angenommen</i>	22
B07	<b>Doppelspitze in den Schulen</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3) <i>angenommen</i>	23
B08	<b>Aufnahmeprogramm für flüchtende Studierende</b> UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-2) <i>angenommen</i>	24
B13	<b>7 – Jahresplan zur strukturellen Verwirklichung einer inklusiven Schule für Alle!</b> UB-Vorsitz Jusos Offenbach-Kreis (Unterbezirk Offenbach-Kreis · Nr. OFK-2) <i>angenommen</i>	25
B14	<b>Reformprojekt Jurastudium – Bachelor statt Pflichtfachprüfung</b> UB-Vorsitz Jusos Offenbach-Kreis (Unterbezirk Offenbach-Kreis · Nr. OFK-2) <i>angenommen</i>	27
B15	<b>Verbesserung der Situation für psychisch erkrankte Schüler*Innen in Hessen</b> UB-Vorsitz Jusos Wetterau (Unterbezirk Wetterau · Nr. WET-1) <i>angenommen</i>	28
B15-Ä02	<b>Änderungsantrag zu B15</b> UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1) <i>angenommen</i>	29
B15-Ä03	<b>Änderungsantrag zu B15</b> UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-3) <i>angenommen</i>	31

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B16	<b>Kostenlose Menstruationsprodukte an hessischen Schulen</b> UB-Vorsitz Jusos Hochtaunus (Unterbezirk Hochtaunus · Nr. HTK-1) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	32
B16-Ä01	<b>Amendment to Kostenlose Menstruationsprodukte an hessischen Schulen</b> UB-Vorsitz Jusos Hochtaunus (Unterbezirk Hochtaunus · Nr. HTK-1) <i>angenommen</i>	33
B17	<b>Politische Bildung als Pflichtfach ab der 5. Klasse</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Süd (Bezirk Hessen-Süd · Nr. BZ-1) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	34
B17-Ä01	<b>Änderungsantrag zu B17</b> UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1) <i>angenommen</i>	35

## F - Verkehr und Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	<b>Verkehrswende in Hessen</b> Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	36
F01-Ä01	<b>Änderungsantrag zu F01</b> UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-3) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	38
F03	<b>Schaffung einer hessischen Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Süd (Bezirk Hessen-Süd · Nr. BZ-1) <i>angenommen</i>	41

## N - Netzpolitik und Digitalisierung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
N01	<b>Digitalisierung für Hessen</b> Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	43
N01-Ä0 1	<b>Änderungsantrag zu N01</b> UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-3) <i>angenommen</i>	45

## U - Umwelt-, Klima- Verbraucherschutz und Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	<b>Erhalt von Kreissälen im ländlichen Raum</b> Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	48
U01-Ä01	<b>Änderungsantrag zu U01</b> Mark Müller (SPD-Unterbezirk Lahn-Dill) <i>angenommen</i>	49
U02	<b>Recht auf geschlechterspezifische Pflege</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3) <i>angenommen</i>	50
U03	<b>Sexuelle Gesundheit in Deutschland sicherstellen</b> Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3) <i>angenommen</i>	53

## Antrag A01: Hessen kann mehr – unsere Jugendkampagne zur Landtagswahl 2023

Antragsteller*in:	Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Innenpolitik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Im Herbst 2023 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Nach fast einem Vierteljahrhundert CDU-geführter Landesregierungen hat die Sozialdemokratie eine große Aufgabe vor sich: für ein soziales, gerechtes und klimaneutrales Hessen gilt es die Landtagswahl zu gewinnen. Wir wollen endlich wieder die Staatskanzlei führen und Hessen für die Zukunft gut aufstellen.

Schwarz-Grün hat unser Bundesland in den letzten 8 Jahren komplett hinter seinen Chancen und Potentialen zurückbleiben lassen: die Transformation wurde ausgerechnet in Hessen als Industrieland bisher kaum erfolgreich gestaltet, der Ausbau Erneuerbarer Energien nur im Schneckentempo vorangetrieben und in keinem anderen westdeutschen Bundesland ist die Armut in den letzten Jahren so schnell und so stark angestiegen. Für uns ist klar: mit der Koalition von CDU und Bündnis90/Die Grünen wird Hessen die Zukunft verschlafen. Es braucht einen Aufbruch und eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung.

Damit dies gelingen kann, ist die hessische SPD gefordert. Ein Wahlsieg beginnt mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Wir wollen den Wähler\*innen ein attraktives Angebot machen, dass viele davon überzeugt im Herbst nächsten Jahres mit beiden Stimmen SPD zu wählen. Das gelingt uns nur, wenn wir

1. inhaltlich mit unserem Programm Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit formulieren und die Menschen in Hessen davon überzeugen, dass wir diese Antworten auch erfolgreich umsetzen,
2. als Partei in der Breite gut aufgestellt sind, um gemeinsam in Land, Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen eine starke Kampagne auf die Beine zu stellen, an möglichst vielen Haustüren zu klingeln und mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen,
3. Es schaffen unser programmatisches Angebot mit authentischen Kandidierenden zusammenzubringen und so den Menschen in Hessen ein überzeugendes personelles Angebot präsentieren: von der Spitzenkandidatur über die Wahlkreiskandidierenden bis zur Landesliste wollen wir die Vielfalt Hessens und unserer SPD abbilden und dabei insbesondere jünger, weiblicher und bunter werden.

Bei der letzten Landtagswahl sind wir als hessische Jusos weit hinter unseren Potentialen zurückgeblieben. Unser Anspruch als Jugendverband ist es, eine starke Jugendkampagne auf die Beine zu stellen, die insbesondere junge Menschen in ganz Hessen anspricht und davon überzeugt ihre Kreuze bei der SPD zu setzen. Dafür wollen wir im nächsten Jahr unsere Kräfte bündeln – als Landesverband gemeinsam mit den Bezirken, Unterbezirken und AGs – für ein starkes Ergebnis bei den Jungwähler\*innen, für Juso-Themen im Wahlprogramm und für viele Jusos in der nächsten Landtagsfraktion.

## **Unsere Forderungen für das SPD Wahlprogramm**

### **Existenzängste bekämpfen - her mit dem guten Leben!**

Existenzängste gehören nicht erst seit der Corona-Pandemie zur Lebensrealität vieler, auch und gerade junger Menschen in Hessen. Die aktuell schon spürbaren Preissteigerungen und der bevorstehende Winter werden die Situation weiter verschärfen. Es steht außer Frage, dass es unser dringendes Ziel sein muss, diese Sorgen und Nöte aus der Welt zu schaffen. Unter einem guten, selbstbestimmten Leben verstehen wir aber mehr als das Ausbleiben akuter Existenzsorgen. Daher fordern wir:

- die Einrichtung einer Landesarmutskonferenz, wie sie seit vielen Jahren von Wohlfahrtsverbänden in Hessen gefordert wird. Statt „Gasgipfel“ ohne substantielle Ergebnisse braucht es einen dauerhaften Ort, um Menschen in Hessen politisch zu unterstützen, die von Armut betroffen sind und wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zwischen allen wichtigen Akteur\*innen abzustimmen,
- Armut zu bekämpfen, bevor sie entsteht. Dazu braucht es bezahlbaren Wohnraum, kostenfreie Bildung, einen hessischen Mindestlohn von 13 Euro und gute Zukunftsperspektiven für junge Menschen im Beruf, egal ob nach der Ausbildung oder dem Studium. Und es braucht Prävention vor Ort, durch kommunale Präventionsketten, wie es sie beispielsweise in NRW bereits gibt.
- dass Hessen sich im Bundesrat dafür einsetzt Menschen zu entlasten, die von den hohen Energiepreisen und der starken Inflation besonders betroffen sind. Wo der Bund dies nicht ausreichend leisten kann, muss auch Hessen Verantwortung übernehmen und finanzielle Entlastungen, z.B. für Azubis und Studierende, zur Verfügung stellen.

### **Zu Dir oder zu meinen Eltern? - Bezahlbares Wohnen, dort, wo Du es brauchst**

Hessen ist Spitze – bei hohen Mieten. Wohnen ist vielerorts längst zum Luxus geworden. Um bezahlbar wohnen zu können, müssen oftmals viele Einschränkungen in Kauf genommen werden. Junge Menschen, die für Ausbildung, Freiwilligendienst oder Studium zuhause ausziehen müssen oder wollen, dürfen nicht am Wohnen scheitern. Deshalb fordern wir:

- Eine Mietpreisbremse, die auf angespannten Wohnungsmärkten für dringend nötige Entlastungen sorgt, sowie den Einsatz Hessens für einen bundesweiten Mietendeckel,
- Mietkosten für bedarfsgerechten Wohnraum sollten nicht mehr als 30% des montl. Einkommens ausmachen,
- mehr Investitionen in den Bau von Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen,
- die Bekämpfung von Zweckentfremdung und spekulativem Leerstand durch wirksame Instrumente auf Landesebene, wie z.B. ein Zweckentfremdungsverbot,
- klimaverträglich neu zu bauen, wo auch in Zukunft mehr Wohnraum benötigt wird, sowie Wohnraum umzubauen, der gerade im ländlichen Raum häufig nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen entspricht
- Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen besonders zu fördern, z.B. durch besondere Förderung in der Gründungsphase,
- die verstärkte Nutzung der Möglichkeit zur Erbpacht, denn Grund und Boden gehören in die öffentliche Hand!

### **Zukunftsfähige Bildung für alle**



Gutes Leben gibt es nicht ohne gute Bildung! Zukunftsfähige und gebührenfreie Bildung ist notwendige Grundvoraussetzung für Chancengerechtigkeit. Wo du herkommst und mit welchen Bedingungen du in dein Leben startest, darf in unserem Bildungssystem keine Rolle spielen. Für uns zählt, wo du hinwillst.

Die aktuellen Rahmenbedingungen im hessischen Bildungssystem geben es nicht her, dieses Versprechen zu halten. Es braucht daher ein Umdenken. Wir fordern eine Bildungspolitik, die auf individuelle Bedürfnisse der Schüler\*innen eingeht. Dafür braucht es andere Personalplanung, ein Update für Ausbildung von Lehrkräften und modernisierte Infrastruktur. Unsere Bildungspolitik ist eine, die vorausdenkt, statt den Entwicklungen jahrelang hinterherzuhängen. Herausragendes Beispiel für die Schläfrigkeit der hessischen Landesregierung ist nach wie vor die Digitalisierung. Aber auch beim Ausbau von Ganztagschulen oder in der Inklusion bleibt schwarz-grün weit hinter dem zurück, was aus unserer Sicht notwendig wäre.

Wichtige Maßnahmen, um die Bildungspolitik zukunftsfähig zu machen, sind (u.a.) aus unserer Sicht:

- Schaffung echter Gebührenfreiheit ab der KiTa bis zum Ausbildungs- oder Studienabschluss,
- Längeres gemeinsames Lernen für mehr Durchlässigkeit,
- Investitionen in die Zukunft können nicht länger warten. Bei der Ausstattung der Schulen darf nicht gespart werden. Moderne digitale Technik und fachgerechte Wartung sind für uns dabei selbstverständlich. Im Zweifel muss das Land dem Schulträger unter die Arme greifen,
- Moderne Schule ist interdisziplinär. Schulen brauchen Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Team ,
- der Lehrkräftemangel muss bekämpft werden. Ein Schritt ist hierbei die Aufwertung des Grundschullehramts durch die Angleichung der Besoldung auf A13,
- eine Lehrkräfteausbildung, die auf die Herausforderungen von morgen vorbereitet,
- Hessen braucht echte Ganztagschulen,
- Hessen braucht echte Inklusion,
- Hausaufgaben gehören endlich abgeschafft,
- eine bundesweite Annäherung des Bildungssystems (z.B. durch die Abschaffung des Kooperationsverbotes) muss vorangetrieben werden.

### **Stabil gegen Rechts - für ein buntes und vielfältiges Hessen von Morgen**

Die rassistischen Morde von Hanau, immer wieder rechtsextreme Netzwerke in der Polizei, NSU 2.0, die gewaltsame Ermordung von Dr. Walter Lübcke – diese Vorkommnisse verdeutlichen auf bitterste Art und Weise wie bedrohlich, wie real die Gefahr ist, die vom Rechtsextremismus ausgehen. Und auch über diese erschütternden Ereignisse hinaus, werden Menschen tagtäglich Opfer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, müssen Diskriminierungen und Anfeindungen hinnehmen. Dem müssen wir entschieden entgegenzutreten. Wir fordern daher:

- Rechtsextremismus muss - wie auf Bundesebene - im Innenministerium zur Priorität werden. Es braucht umfassende Strategien zur effektiven Bekämpfung von Rechtsextremismus durch die Sicherheitsbehörden und eine wirksame Prävention gegen die Entstehung neuer rechtsextremer Netzwerke.

- Verantwortungsträger\*innen, die Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden decken oder nicht zur Rechenschaft ziehen, müssen gehen.
- die umfassende politische Aufklärung der Morde von Hanau und die Umsetzung von Maßnahmen, damit solche schrecklichen Morde nie wieder geschehen können.

Wir kämpfen dafür, dass sich alle Menschen in Hessen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Religion und ihrem Aussehen sicher fühlen können. Das schaffen wir nur mit einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik und Zivilgesellschaft.

Auch hier kommt Bildung eine besondere Rolle, vor allem in der Prävention, zu. In den letzten Jahren ist die politische Bildung und Demokratieerziehung zu nachlässig behandelt worden. Wir fordern daher:

- Schule muss ein Ort sein, der frei von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit ist,
- Demokratielernen muss als fächerunabhängiges Prinzip ab der Kita gelten,
- eine Lehrkräfteausbildung, die für Diskriminierung und den Umgang mit Anfeindungen und Radikalisierung sensibilisiert,
- Politik & Wirtschaft als Schulfach zu stärken,
- außerschulische Bildungsarbeit zu stärken und besser zu finanzieren.

#### **Gute Ausbildung in ganz Hessen**

Im Gespräch mit Auszubildenden und Betrieben merken wir, was auch die Statistiken seit Jahren im Bereich der Ausbildung zeigen: es gibt viele Baustellen und einiges zu tun, damit sich die Ausbildungsbedingungen in Hessen substantiell verbessern. Deshalb fordern wir

- Die Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie,
- Die Einrichtung eines hessenweiten Azubiwerkes,
- Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende,
- Die Bezahlung schulischer Ausbildungen,
- Eine bessere bauliche und digitale Ausstattung von Berufsschulen.

#### **Klimaschutz nicht nur à la Schwarz-Grün versprechen, sondern umfassend umsetzen**

Brennende Wälder, anhaltende Dürre, Wetterextreme und durch den Krieg in der Ukraine auch die stärkere Sichtbarkeit und der Druck durch unsere Abhängigkeit von russischem Gas – wer es bisher noch nicht begriffen hatte, dem haben hoffentlich die letzten Wochen und Monate gezeigt, wie sehr die Zeit beim Klimaschutz und der Energiewende drängt. Klimaschutz darf dabei nicht allein zur Aufgabe jedes\*r einzelnen gemacht werden, sondern muss stärker von staatlicher Seite forciert werden. Daher fordern wir:

- Hessen soll bis 2035 klimaneutral werden,
- es braucht ein entschiedeneres Vorantreiben des Ausbaus der erneuerbaren Energien, um das Ziel von 2% der Landesflächen zu erreichen. Auch eine Erhöhung des prozentualen Anteils auf 3% muss angesichts der aktuellen Herausforderungen ernsthaft diskutiert werden.
- Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen. Das gilt für die energetische Sanierung landeseigener Liegenschaften, die nachhaltige Ausrichtungen der Verwaltungen, aber auch für die Kriterien bei der Vergabe von Aufträgen seitens der öffentlichen Hand.

- Arten & Naturschutz
- die Einrichtung von Klimaschutzwäldern überall in Hessen. Wald ist ein starker Partner für effektiven Klimaschutz und wir wollen ihn in Hessen stärken, schützen und erweitern.

### **Zu mir, zu Dir oder in den Club? - egal, Hauptsache der Bus fährt!**

Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wir nur, wenn alle Menschen in Hessen sich unabhängig vom Verkehrsmittel schnell und einfach fortbewegen können. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir mehr Menschen davon überzeugen auf klimafreundliche Verkehrsmittel wie das Fahrrad oder den öffentlichen Personennahverkehr umzusteigen. Dafür fordern wir:

- Die Verkehrswende voranzutreiben, indem wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und flächendeckend die Taktung erhöhen,
- im Anschluss an das 9-Euro-Ticket die Schaffung eines 365-Euro-Tickets für ein Jahr, am besten auf Bundesebene, sowie perspektivisch einen ticketlosen ÖPNV,
- gerade für junge Menschen eine bessere Taktung von Angeboten des ÖPNV in der Fläche am Wochenende und abends, ergänzt durch Angebote wie Jugendtaxis und andere Modelle, die junge Menschen kostengünstig von A nach B bringen.

### **Unsere Jugendkampa 2023**

Wir Jusos wollen mit unserer Kampagne im nächsten Jahr all die jungen Menschen erreichen, die sich ein gerechtes, ein soziales und ein klimaneutrales Hessen wünschen. Uns geht es um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von Ungerechtigkeiten, von Diskriminierung und von strukturellen Problemen in unserem Bundesland besonders betroffen sind. Um Schüler\*innen, Auszubildende, Studierende und junge Berufstätige, aber auch um alle anderen, die noch nicht wissen, wo es für sie hingehen soll. Wir stehen für das Versprechen von Aufstieg durch Bildung – für alle, die davon bereits profitieren konnten und für alle, die es brauchen! Wir wollen sie für eine solidarische Politik begeistern, die Mauern durchbricht und eine offene Gesellschaft für uns alle möglich macht. Wir wollen die überzeugendste linke Kraft für junge Menschen sein und sie von der SPD überzeugen, damit progressive Mehrheiten in Hessen endlich Realität werden.

Damit uns die Umsetzung dieser Forderung nach der Wahl gelingt, brauchen wir glaubhafte Kämpfer\*innen für jungsozialistische Ideen im Hessischen Landtag. Wir werden daher mit unserer Kampagne gezielt Jusos unterstützen, die vor Ort in den Wahlkreisen und auf der Landesliste kandidieren. Weil gerade Juso-Kandidierende zeigen, wie vielfältig und stark die SPD ist, und weil sie zeigen, dass die Sozialdemokratie die Anliegen junger Menschen ernst nimmt, erwarten wir von unserer Mutterpartei die Absicherung mindestens einer Juso-Kandidatur auf einem aussichtsreichen Listenplatz auf der Landesliste.

Im Zentrum unserer Kampagne sollen die jungen Menschen in Hessen stehen, denn sie wollen wir ansprechen und erreichen. Gerade mit den Erfahrungen aus der Jugendkampagne zur Kommunalwahl 2021 werden wir eine frische und zukunftsorientierte Kampagne auf die Beine stellen, die in allen Teilen unserer Flächenlandes Räume eröffnet und Gespräche ermöglicht.

Wir planen:

- Wahlkampf überall da, wo junge Menschen sind: vor Schulen, Berufs- und Hochschulen, Betrieben, auf Festivals und in Kneipen, beim Sport oder im Park werden wir vor Ort sein.
- einen starken Wahlkampf im Netz, auf Social Media in den verschiedenen Netzwerken mit

Formaten, die unsere Zielgruppe dezidiert ansprechen. Egal ob Bilder, Videos, Reels, Texte oder Sprachnachrichten – wir geben alles. Und wir greifen wie bereits in der Kommunalkampa den Unterbezirken in ihrer Online-Arbeit mit einem Baukasten und gezielten Schulungen für Social Media Arbeit unter die Arme,

- einen gemeinsamen Wahlkampfauftakt zum Start unserer Jugendkampa, der uns zusammenbringt und viele Ideen für die intensiven letzten Wochen liefern wird,
- eine Vernetzung der Juso-Kandidierenden, um sich im Netzwerk gegenseitig zu unterstützen und unsere Kandidierenden für Social Media, Wahlkampf vor Ort und vieles mehr zu qualifizieren,
- eine Hesse tour, bei der wir Schulen, Berufsschulen, Hochschulen, Festivals, Open Airs und vieles mehr besuchen, um mit Euch vor Ort Wahlkampf zu machen, unsere Juso-Kandidierenden zu unterstützen und so viele junge Menschen wie möglich zu treffen und zu überzeugen,
- ein Campaigner\*innen-Programm, das wie bereits bei der Kommunalkampa von uns geschult wird und im Anschluss den Landesvorstand und die Geschäftsstelle in Erarbeitung und Umsetzung der Kampagne unterstützt sowie als Ansprechpartner\*innen für die Unterbezirke unterwegs sind,
- eine Mobile Action Group, die sich online vernetzt und die Online-Wahlkämpfe vor Ort und auf Landesebene zusammenführt.

### **Gesundheit für alle - Hessen braucht ein gesundes Gesundheitssystem!**

Die Gesundheitsversorgung in Hessen steht vor vielen Herausforderungen in der Zukunft, sei es die Personalknappheit in den Gesundheitsberufen oder die flächendeckende Versorgung von Kreisläsen, Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzt\*innen. Die Corona-Pandemie hat die Probleme des Gesundheitswesens wie ein Brennglas aufgezeigt. Es wird höchste Zeit darauf zu reagieren, denn Gesundheitspolitik findet nicht nur im Bund, sondern auch in Hessen statt. Gute Gesundheitsversorgung darf man sich nicht leisten können müssen!

Daher fordern wir:

1. Die Sicherstellung einer gleichen medizinischen Versorgungsqualität auf dem Land und in den Städten Hessens. Das bedeutet, dass die Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten anhand demografischer Datenlagen aufrechterhalten wird und insbesondere Kreisläse und Kinderstationen nicht aufgrund ökonomischer Überlegungen geschlossen werden. Weiterhin müssen verbesserte Infrastrukturangebote für junge Ärzt\*innen auf dem Land geschaffen werden. Darüber hinaus muss die hessische Bedarfsplanung gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung überarbeitet werden.
2. Bedarfsgerechte Investitionen in hessische Krankenhäuser durch das Land Hessen sowie eine Entlastung der Kommunen, Städte und Kreise. Das Land muss die gesetzlich definierten Investitionskosten vollumfänglich finanzieren.
3. Ein Privatisierungsverbot für Krankenhäuser, die im Krankenhausplan des Landes Hessens aufgenommen sind, sowie ein Programm zur Rekommunalisierung/Rücküberführung bereits privatisierter Häuser, insbesondere der UKGM GmbH. Wir wollen starke Universitäten, gute Ausbildung, hochwertige Forschungsarbeit und eine hohe Versorgungsqualität durch gut ausgebildetes Personal in Hessen! Gesundheit darf nicht Spielball von Aktiengesellschaften sein!

4. Den ersten Schritt zu einer Bürger\*innenversicherung durch die Einführung einer Versicherungswahlfreiheit für alle hessischen Beamt\*innen sowie perspektivisch die Umsetzung einer Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung für neu Verbeamtete.
5. Verbesserte Arbeitsbedingungen sowie eine attraktive Work-Life-Balance durch bessere Arbeitszeitgesetze, eine 35h Woche auf 4 Tage, feste Pausenregelungen, kostenlose Kinderbetreuungen, sowie einen garantierten Freizeitausgleich für Arbeit in Unterbesetzung in der ambulanten und stationären Pflege mit Einführung der PPR 2.0.
6. Die Einführung des anonymen Behandlungsscheins mit zugehörigen Clearingstellen in Hessen.
7. Eine Ausfinanzierung der hessischen Pflegeschulen sowie der Ausbildungs- und Weiterbildungsstätten für Gesundheitsfachberufe. Ausbildung muss attraktiver werden!
8. Eine Erhöhung der Medizinstudienplätze für Bewerber\*innen mit besonderem sozialgesellschaftlichem Engagement und ländlicher Bindung, sowie eine gute Finanzierung der Studienplätze in Hessen.

## Antrag A01-Ä03: Änderungsantrag zu A01

Änderungsantrag zu A01

Antragsteller*in:	Sarah Tabea Weber (SPD-Unterbezirk Gießen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Innenpolitik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 109

- Hessen braucht echte Ganztagschulen,
- [Hessen braucht echte Inklusion,](#)

## Antrag A01-Ä05: Änderungsantrag zu A01

Änderungsantrag zu A01

Antragsteller*in:	Mark Müller (SPD-Unterbezirk Lahn-Dill)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Innenpolitik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 236

Ort und auf Landesebene zusammenführt.

#### Gesundheit für alle - Hessen braucht ein gesundes Gesundheitssystem!

Die Gesundheitsversorgung in Hessen steht vor vielen Herausforderungen in der Zukunft, sei es die Personalknappheit in den Gesundheitsberufen oder die flächendeckende Versorgung von Kreissälen, Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzt\*innen. Die Corona-Pandemie hat die Probleme des Gesundheitswesens wie ein Brennglas aufgezeigt. Es wird höchste Zeit darauf zu reagieren, denn Gesundheitspolitik findet nicht nur im Bund, sondern auch in Hessen statt. Gute Gesundheitsversorgung darf man sich nicht leisten können müssen!

Daher fordern wir:

1. Die Sicherstellung einer gleichen medizinische Versorgungsqualität auf dem Land und in den Städten Hessens. Das bedeutet, dass die Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten anhand demografischer Datenlagen aufrechterhalten wird und insbesondere Kreissäle und Kinderstationen nicht aufgrund ökonomischer Überlegungen geschlossen werden. Weiterhin müssen verbesserte Infrastrukturangebote für junge Ärzt\*innen auf dem Land geschaffen werden. Darüber hinaus muss die hessische Bedarfsplanung gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung überarbeitet werden.
2. Bedarfsgerechte Investitionen in hessische Krankenhäuser durch das Land Hessen sowie eine Entlastung der Kommunen, Städte und Kreise. Das Land muss die gesetzlich definierten Investitionskosten vollumfänglich finanzieren.
3. Ein Privatisierungsverbot für Krankenhäuser, die im Krankenhausplan des Landes Hessens aufgenommen sind, sowie ein Programm zur Rekommunalisierung/Rücküberführung bereits privatisierter Häuser, insbesondere der UKGM GmbH. Wir wollen starke Universitäten, gute Ausbildung, hochwertige Forschungsarbeit und eine hohe Versorgungsqualität durch gut ausgebildetes Personal in Hessen! Gesundheit darf nicht Spielball von Aktiengesellschaften sein!
4. Den ersten Schritt zu einer Bürger\*innenversicherung durch die Einführung einer Versicherungswahlfreiheit für alle hessischen Beamt\*innen sowie perspektivisch die Umsetzung einer Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung für neu Verbeamtete.
5. Verbesserte Arbeitsbedingungen sowie eine attraktive Work-Life-Balance durch bessere Arbeitszeitgesetze, eine 35h Woche auf 4 Tage, feste Pausenregelungen, kostenlose Kinderbetreuungen, sowie einen garantierten Freizeitausgleich für Arbeit in Unterbesetzung in der ambulanten und stationären Pflege mit Einführung der PPR 2.0.

6. Die Einführung des anonymen Behandlungsscheins mit zugehörigen Clearingstellen in Hessen.

7. Eine Ausfinanzierung der hessischen Pflegeschulen sowie der Ausbildungs- und Weiterbildungsstätten für Gesundheitsfachberufe. Ausbildung muss attraktiver werden!

8. Eine Erhöhung der Medizinstudienplätze für Bewerber\*innen mit besonderem sozialgesellschaftlichem Engagement und ländlicher Bindung, sowie eine gute Finanzierung der Studienplätze in Hessen.



## Antrag B01: Kein Geschichtsunterricht ohne die erste und zweite deutsche Frauenbewegung

<b>Antragsteller*in:</b>	Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3)
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Statt einer Festschreibung der Frauenrechtsbewegung in der Epoche "Neuzeit" soll das Themenfeld "Emanzipation" als geschichtswissenschaftliche Dimension festgelegt werden. Hierdurch würden mehrere Punkte verwirklicht werden:

1. Die Schüler\*innen beschäftigen sich mit Emanzipation in **allen** "Epochen" (starke Frauen(rechts)bewegungen) sind kein Phänomen der Neuzeit (bsp: Beginenbewegung).
2. Es wird vermieden, dass Schüler\*innen reines Wissen reproduzieren. Stattdessen werden Kompetenzen gefördert.

### Begründung

Ungefähr die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist weiblich. Trotzdem wird ihre Geschichte im hessischen Geschichtsunterricht nicht vermittelt, denn der Schul-Unterricht im Bereich Geschichte ist immer noch sehr männerdominiert. Frauen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Geschichte und sollten als solcher auch in unserem Bildungssystem anerkannt werden. Die Änderungen, die zur Zeit des Kaiserreichs aufkamen, wie beispielsweise das politische Stimmrecht der Frauen, ist maßgebend für unser heutiges demokratisches Verständnis. Um der Tragweite dieses Wandels genügend Bedeutung beizumessen, brauchen wir die Frauenbewegung als festen Bestandteil im hessischen Schulunterricht und in den hessischen Kerncurricula der Sekundarstufe I.

Wichtige Inhalte der Frauenbewegung stellen dabei unter anderem:

- Die Frauenvereine/Frauenerwerbsvereine/Frauenbildungsvereine
- Die Frauenerwerb zur Zeit des Kaiserreichs
- Mädchenbildung/Die preußische Mädchenschulreform
- Der Kampf um das politische Stimmrecht

als auch für den „Epochenbezug Neueste Zeit“ die Inhalte:

- „Wir haben abgetrieben!“-Kampagne
- Frauenhäuser gegen Gewalt in der Ehe

dar. Welche weiteren Inhalte aufgenommen werden können, muss unter Anbetracht der weiteren Geschichtsthemen berücksichtigt werden.

## Antrag B01-Ä01: Änderungsantrag zu B01

Änderungsantrag zu B01

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Limburg-Weilburg (Unterbezirk Limburg-Weilburg · Nr. LW-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 1 - 3

~~Wir fordern die Eingliederung der deutschen Frauenbewegung als Bestandteil in den hessischen Kerncurricula der Sekundarstufe I. Dafür soll die Frauenbewegung in das Inhaltsfeld „Epochenbezug Neuzeit“ aufgenommen werden.~~

Statt einer Festschreibung der Frauenrechtsbewegung in der Epoche „Neuzeit“ soll das Themenfeld „Emanzipation“ als geschichtswissenschaftliche Dimension festgelegt werden. Hierdurch würden mehrere Punkte verwirklicht werden:

1. Die Schüler\*innen beschäftigen sich mit Emanzipation in allen „Epochen“ (starke Frauen(rechts)bewegungen) sind kein Phänomen der Neuzeit (bsp: Beginenbewegung).
2. Es wird vermieden, dass Schüler\*innen reines Wissen reproduzieren. Stattdessen werden Kompetenzen gefördert.

### Begründung

Zu allererst sollte festgehalten werden, dass Geschichte viel zu weiß und zu männlich gelehrt wird (und zu eurozentrisch). Aus diesem Aspekt heraus ist die Idee des Antrags eine gute; unserer Meinung nach, scheitert es allerdings an der Umsetzung.

Seit dem PISA Schock wurde der Versuch unternommen, den Lehrplan durch ein Kerncurricula zu ersetzen, welches sich nicht mehr auf die bloße Reproduktion von Wissen beschränken soll, sondern den Anspruch hat, aktiv Kompetenzen zu fördern. Besonders in Geschichte ist dies nicht unbedingt einfach, da Wissen stets auch Teil des Unterrichts sein muss. Dennoch glauben wir, dass dieser Antrag einen Rückschritt zum Lehrplan beschreibt, wo die bloße Reproduktion von Wissen im Vordergrund stand. Die perspektivische Betrachtung von Emanzipation durch alle Epochen ist nicht gegeben; zum Auswendiglernen (worauf dieser Antrag ultimativ hinauslaufen würde) werden auch keine Kompetenzen benötigt.

## Antrag B04: Medienkompetenz ist mehr als PowerPoint

Antragsteller*in:	Bezirkvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die SPD Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass der Lehrplan des Landes Hessen vorsieht, dass jede:r Schüler:in, unabhängig der Schulform, die Möglichkeit bekommt, informationstechnische Grundlagen zu erlangen. Neben Schreib-, Rechen- und Präsentationsprogrammen soll den Lernenden ein Grundverständnis von digitalen Medien inklusive deren Möglichkeiten und Gefahren vermittelt werden.

Ein Fokus soll hierbei auf eine Stärkung der fächerspezifischen Recherchefähigkeit sowie dem kritischen Umgang mit Quellen liegen. Zum Beispiel sollen in Politik und Wirtschaft das Thema „Gezielte Falschinformation“ und ihr Einfluss auf die politische Willensbildung, sowie in Physik Scheinwissenschaften wie „Flat-Earth-Theorie“ und der Widerlegung behandelt werden.

Bei der Auswahl der genutzten Programme soll sich die SPD-Fraktion dafür einsetzen, dass verstärkt Open Source Optionen genutzt werden und somit eine Abkehr von monopolistisch geprägten Anwendungen in diesem Bereich stattfindet.

Des Weiteren soll geprüft werden, ob es sinnvoll ist, Dinge wie Umgang mit sozialen Medien und die Abwehr von Gefahren im Internet, in einem spezifisch dafür eingerichteten Fach Medienkompetenz zu erlernen.

### Begründung

Das Fach Informatik behandelt in seiner bisherigen Form vorrangig das Erlernen von Programmiersprachen und nicht das Erstellen von Präsentationen. Die Änderungen dienen zum einen dieser sachlichen Richtigstellung und zum anderen der Konkretisierung und Ausgestaltung eines verstärkten Erlernens von Medienkompetenz in der Schule.

## Antrag B06: Sex matters! – Kinder und Jugendliche vernünftig aufklären

Antragsteller*in:	Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

- der Sexualkundeunterricht in der Sekundarstufe muss von geschulten Sexualpädagog\*innen übernommen werden.
- die Lehrinhalte müssen an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen orientiert werden insbesondere sollen auch queere Aspekte aufgenommen werden. So soll es beispielsweise genug Raum geben, um Fragen zu stellen.
- der Unterricht muss sich auch daran orientieren, dass es beim Sex nicht nur um Kinder kriegen geht, sondern dass Lust ein großer Faktor ist. Mythen über weibliche Orgasmen sollen so beispielsweise endlich aufgeklärt werden.
- Inhalt des Unterrichts muss auch sexualisierte Gewalt sein. Kinder und Jugendliche müssen lernen, was konsensualer Sex ist und was nicht.
- Auch Verhütungsmittel sollen Thema sein, dabei soll der Fokus auch auf nicht heterosexuellen Verhütungsmitteln liegen
- An Förderschulen muss Sexualkundeunterricht nachvollziehbar jedes Kind erleben können. Durch Verbundklassen besteht die Gefahr, dass Kinder Sexualkunde ganz umgehen können. Behinderte Menschen sind besonders gefährdet, sexuelle Gewalt zu erfahren und ein beschädigtes Verhältnis zu Sexualität zu haben. Alle Menschen haben ein recht auf sexuelle Bildung.

### Begründung

Verschämt im Biologieunterricht zu sitzen, um von der Lehrkraft “das mit den Bienchen und Blümchen” erklärt zu bekommen. So sieht oftmals der Sexualkundeunterricht in deutschen Schulen aus. Das muss sich dringend ändern.

Noch nie war der Zugang zu pornographischen Inhalten so leicht für Kinder und Jugendliche, wie heute. Doch das führt keinesfalls zu einer besseren Aufklärung, sondern nur zu größerer Verunsicherung. Um aufgeklärte Erwachsene zu bekommen, müssen wir Kinder und Jugendliche zeitgemäß aufklären und nicht mit ihren Fragen allein lassen.

## Antrag B06-Ä01: Änderungsantrag zu B06

Änderungsantrag zu B06

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 1

- der Sexualkundeunterricht in der Sekundarstufe muss von geschulten Sexualpädagog\*innen übernommen

## Antrag B06-Ä02: Änderungsantrag zu B06

Änderungsantrag zu B06

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 13

- An Förderschulen muss Sexualkundeunterricht nachvollziehbar jedes Kind erleben können. Durch Verbundklassen besteht die Gefahr, dass Kinder Sexualkunde ganz umgehen können. Behinderte Menschen sind besonders gefährdet, sexuelle Gewalt zu erfahren und ein beschädigtes Verhältnis zu Sexualität zu haben. Alle Menschen haben ein recht auf sexuelle Bildung.

### Begründung

Die Personengruppe, die am höchsten die Gefahr hat, sexuell missbraucht zu werden, sind hörbehinderte Frauen ([Sexualisierte Gewalt bei gehörlosen Frauen und Frauen mit Hörbeeinträchtigung - Frauennotruf Hannover \(frauennotruf-hannover.de\)](#)).

## Antrag B07: Doppelspitze in den Schulen

<b>Antragsteller*in:</b>	Bezirkvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3)
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Eine Doppelspitze für Schülersprecher\*innen soll möglich sein. Die Klassensprecher\*innen sollen vor der Wahl beschließen, ob es eine Doppelspitze geben soll oder nicht. Diese soll paritätisch besetzt werden. Gleiches soll im entsprechenden Wortlaut für den Elternbeirat, für den Kreisschülerrat und den Landesschülerrat gelten.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag B08: Aufnahmeprogramm für flüchtende Studierende

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-2)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die Hessische Landesregierung soll schnellstmöglich ein Aufnahme- und Hilfsprogramm für Studierende, die aus Kriegsgebieten nach Hessen flüchten, aufbauen. Dabei soll sichergestellt werden, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule innerhalb eines Kriegsgebietes eingeschrieben waren, schnell und unbürokratisch einen Platz an den hessischen Universitäts-Einrichtungen finden können. Darüber hinaus sollen sie einfachen Zugang zu studiumsbezogenen finanziellen Hilfen bekommen.

### Begründung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine schockiert uns alle. Viele Menschen entscheiden sich, die Ukraine zu verlassen um Schutz in Europa, Deutschland und auch hier in Hessen zu suchen. Neben der Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung steht auch die Landesregierung in der Pflicht, das Ankommen und die Integration dieser Menschen so einfach wie möglich zu gestalten. Dazu gehört insbesondere die Betreuung der hier ankommenden Studierenden. Neben Ukrainer\*innen sind das häufig auch Menschen aus anderen Staaten, die in der Ukraine studiert haben und nun Zuflucht in Hessen suchen. Darüber hinaus gibt es weiterhin Fluchtbewegungen mit Studierenden aus anderen Kriegsgebieten. Für all diese Menschen muss die Landesregierung aktiv werden und ein gut finanziertes Aufnahmeprogramm an den hessischen Universitäten und Hochschulen in die Wege leiten, das die Integration in das hessische Bildungssystem erleichtert. Als Zielland flüchtender Menschen steht Hessen in der Pflicht, jungen Menschen eine Perspektive zu bieten.



## Antrag B13: 7 – Jahresplan zur strukturellen Verwirklichung einer inklusiven Schule für Alle!

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Offenbach-Kreis (Unterbezirk Offenbach-Kreis · Nr. OFK-2)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die SPD Hessen bekennt sich in ihrer Verantwortung für die Gestaltung des hessischen Schulsystems zu Artikel 24 der UN- Behindertenrechtskonvention und erarbeitet einen 7 – Jahresplan zur strukturellen Verwirklichung einer inklusiven Schule im Sinne einer „Schule für alle“. Es geht darum, dass Kinder ihrer individuellen Entwicklung entsprechend und gleichzeitig in ihrer Vielfalt voneinander lernen.

Hierzu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Die SPD Hessen setzt sich zum Ziel das derzeit segregierende Schulsystem zu einem inklusiven System zu transformieren. Hierzu werden alle (separierenden) Schulformen (Haupt- und Realschule, Gymnasium und alle Förderschulformen) zu Schulen umgewandelt, in der alle Kinder wohnortnah und nicht nach ihren Fähigkeiten selektiert lernen können
2. Der Weg zu diesem Ziel ist in einem Aktionsplan festzuhalten und in den nächsten drei Jahren von der SPD Hessen gemeinsam mit Vertreter\*innen aus Wissenschaft und Forschung zu erarbeiten. Dieser enthält folgende Dimensionen
  1. Neukonzeption der pädagogischen Arbeit, basierend auf den neuesten Lerntheoretischen Erkenntnissen, sowie den Theorien und Erfahrungen inklusiver Didaktik aus dem In- und Ausland
  3. Nach Erstellung des Aktionsplans gibt es eine Transformationsfrist von sieben Jahren. Danach werden alle Neueinschulungen in das inklusive System im Sinne einer wohnortnahen Schule für alle stattfinden

### Begründung

Inklusive Bildung ist Menschenrecht und gleichzeitig ist Deutschland noch sehr weit von der Verwirklichung dieses Rechts entfernt. Auch wenn es manchmal so aussieht, hat bis jetzt noch keine echte Umstrukturierung des selektierenden Schulsystems mit seinen 3 verschiedenen „Regelschulformen“ und 9 verschiedenen Förderschulformen stattgefunden. Hierzu ist es notwendig einen konsistenten Plan zu erstellen, der nicht nur die Transformation zu einem inklusiven Schulsystem, sondern auch ein innovatives Lernen basieren auf den neusten Lerntheoretischen Erkenntnissen zum Ziel hat. In einer Schulform für alle, lernen alle Kinder ihrem individuellen Entwicklungsniveau entsprechend und gleichzeitig in Kooperation miteinander. Dies führt zu einem gesteigerten individuellen Lernerfolg für alle Kinder sowie zu mehr Solidarität und Kooperation in der Gesellschaft. Die Entwicklung einer inklusiven Schule ist

eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, welcher wir uns als sozialdemokratische Partei auf allen Ebenen also auch auf der des Unterbezirks annehmen müssen und welche wir strukturell bearbeiten müssen.

## Antrag B14: Reformprojekt Jurastudium – Bachelor statt Pflichtfachprüfung

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Offenbach-Kreis (Unterbezirk Offenbach-Kreis · Nr. OFK-2)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die SPD Hessen wird dazu angehalten, das Jurastudium einem Reformprojekt zu unterziehen, indem geprüft werden soll, wie das bestehende System aus zwei Staatsexamina in ein Bachelor- und Masterstudiengang umgewandelt werden kann. Hierzu soll das Juristenausbildungsgesetz entsprechend angepasst werden.

Zur Überprüfung des Erfolgs eines solchen Reformprojekts sollen Studierende gleichermaßen wie Lehrende und Praktiker\*innen (Rechtsanwält\*innen, Staatsanwält\*innen, Richter\*innen) eingebunden werden und einen Kriterienkatalog erarbeiten, welcher zur Bewertung des Reformprojekts dient.

### Begründung

Hessen könnte Wegbereiter für eine weitreichende Reform sein, wenn ein solches Reformprojekt durchgeführt würde. Das Jurastudium ist eines der wenigen Studiengänge, dass immer noch strikt auf zwei Staatsexamina setzt. Der Trend geht jedoch klar in die Richtung der Vereinheitlichung und Internationalisierung von Studiengängen. So werden bereits Studiengänge wie Bachelor of (international) Law und Master of (international) Law angeboten. Qualitätsunterschiede in der Lehre zwischen Bachelor und Master, sowie Staatsexamen, sind uns bisher nicht aufgefallen. Lediglich eine gewisse gesellschaftliche Erwartungshaltung gegenüber Jurastudierenden, „elitär“ zu sein wird gemeinhin gepflegt. Unter dieser absurden Erwartungshaltung wird zum einen in Jurastudierenden großer Druck aufgebaut und zum anderen bei Bachelor- und Masterstudierenden das Gefühl erzeugt, nicht gleichwertig oder gar qualitativ minderwertig zu sein.

Solche Stigmata müssen abgebaut werden, weswegen ein Reformprojekt dringend notwendig ist.

## Antrag B15: Verbesserung der Situation für psychisch erkrankte Schüler\*Innen in Hessen

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Wetterau (Unterbezirk Wetterau · Nr. WET-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die Situation von psychisch erkrankten Schüler\*Innen an hessischen Schulen soll verbessert werden. Dazu soll es einmal im Jahr eine verpflichtende Fortbildung für hessische Lehrkräfte im Schuldienst geben, welches über psychische Erkrankungen aufklärt und über den Umgang mit psychisch erkrankten Schüler\*Innen berät.

Vor allem in Bezug auf den Artikel 6 des Grundgesetzes soll juristisch überprüft werden, ob es möglich wäre, dass Lehrkräfte Schulpsycholog\*Innen ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten anfordern dürfen, wenn der\*die betroffene Schüler\*In das 15. Lebensjahr vollendet hat und keine Unterrichtung von seinen\*ihren Erziehungsberechtigten wünscht. Falls es juristisch möglich ist, soll sich für die Umsetzung dieser Maßnahme eingesetzt werden. Die schulpsychologischen Telefonberatungszeiten sollen auf montags bis freitags von 15 -18 Uhr verändert werden. Das verpflichtende Seminar soll über einen der beiden pädagogischen Tage abgedeckt werden. Dieses soll von mindestens einem\*einer Jugendpsycholog\*In, welche\*r in der Nähe der Schule eine Praxis betreibt, durchgeführt werden. Nähe der Schule eine Praxis betreibt, durchgeführt werden.

### Begründung

Diese Maßnahmen würden keine Mehrkosten verursachen, da sie durch bereits bestehende Angebote finanziert werden würden. Teilweise könnten einzelne Forderungen zu einem Rückgang bei der schulischen Bürokratie führen.

## Antrag B15-Ä02: Änderungsantrag zu B15

Änderungsantrag zu B15

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 1 - 18

~~Die Situation von psychisch erkrankten Schüler\*Innen an hessischen Schulen soll verbessert werden. Dazu soll es einmal im Jahr eine verpflichtende Fortbildung für hessische Lehrkräfte im Schuldienst geben, welches über psychische Erkrankungen aufklärt und über den Umgang mit psychisch erkrankten Schüler\*Innen berät.~~

~~Für Lehrkräfte im hessischen Schuldienst soll eine Schweigepflicht gegenüber anderen Lehrkräften in Bezug auf psychische Erkrankungen von Schüler\*Innen eingeführt werden. Vor allem in Bezug auf den Artikel 6 des Grundgesetzes soll juristisch überprüft werden, ob es möglich wäre, dass Lehrkräfte Schulpsycholog\*Innen ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten anfordern dürfen, wenn der\*die betroffene Schüler\*In das 15. Lebensjahr vollendet hat und keine Unterrichtung von seinen\*ihren Erziehungsberechtigten wünscht. Falls es juristisch möglich ist, soll sich für die Umsetzung dieser Maßnahme eingesetzt werden. Die schulpsychologischen Telefonberatungszeiten sollen auf montags bis freitags von 15 -18 Uhr verändert werden. Das verpflichtende Seminar soll über einen der beiden pädagogischen Tage abgedeckt werden. Dieses soll von mindestens einem\*einer Jugendpsycholog\*In, welche\*r in der Nähe der Schule eine Praxis betreibt, durchgeführt werden.~~

Die Situation von psychisch erkrankten Schüler\*Innen an hessischen Schulen soll verbessert werden. Dazu soll es einmal im Jahr eine verpflichtende Fortbildung für hessische Lehrkräfte im Schuldienst geben, welches über psychische Erkrankungen aufklärt und über den Umgang mit psychisch erkrankten Schüler\*Innen berät.

Vor allem in Bezug auf den Artikel 6 des Grundgesetzes soll juristisch überprüft werden, ob es möglich wäre, dass Lehrkräfte Schulpsycholog\*Innen ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten anfordern dürfen, wenn der\*die betroffene Schüler\*In das 15. Lebensjahr vollendet hat und keine Unterrichtung von seinen\*ihren Erziehungsberechtigten wünscht. Falls es juristisch möglich ist, soll sich für die Umsetzung dieser Maßnahme eingesetzt werden. Die schulpsychologischen Telefonberatungszeiten sollen auf montags bis freitags von 15 -18 Uhr verändert werden. Das verpflichtende Seminar soll über einen der beiden pädagogischen Tage abgedeckt werden. Dieses soll von mindestens einem\*einer Jugendpsycholog\*In, welche\*r in der Nähe der Schule eine Praxis betreibt, durchgeführt werden.

### Begründung

Streichung der Schweigepflicht gegenüber Kolleg\*innen

## Antrag B15-Ä03: Änderungsantrag zu B15

Änderungsantrag zu B15

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-3)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 3 - 4

Die Situation von psychisch erkrankten Schüler\*Innen an hessischen Schulen soll verbessert werden.

Dazu soll es einmal im Jahr eine verpflichtende Fortbildung für ~~hessische Lehrkräfte im Schuldienst~~ Lehrkräfte und alle weiteren im Schuldienst in Hessen beschäftigten pädagogischen Fachkräfte geben, welches über psychische Erkrankungen aufklärt und über den Umgang mit psychisch erkrankten Schüler\*Innen berät.

Für Lehrkräfte im hessischen Schuldienst soll eine Schweigepflicht gegenüber anderen Lehrkräften in Bezug auf psychische Erkrankungen von Schüler\*Innen eingeführt werden. Vor allem in Bezug auf den Artikel 6 des Grundgesetzes soll juristisch überprüft werden, ob es möglich wäre, dass Lehrkräfte Schulpsycholog\*Innen ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten anfordern dürfen, wenn der\*die betroffene Schüler\*In das 15. Lebensjahr vollendet hat und keine Unterrichtung von seinen\*ihren Erziehungsberechtigten wünscht. Falls es juristisch möglich ist, soll sich für die Umsetzung dieser Maßnahme eingesetzt werden. Die schulpsychologischen Telefonberatungszeiten sollen auf montags bis freitags von 15 -18 Uhr verändert werden. Das verpflichtende Seminar soll über einen der beiden pädagogischen Tage abgedeckt werden. Dieses soll von mindestens einem\*einer Jugendpsycholog\*In, welche\*r in der Nähe der Schule eine Praxis betreibt, durchgeführt werden.

## Antrag B16: Kostenlose Menstruationsprodukte an hessischen Schulen

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Hochtaunus (Unterbezirk Hochtaunus · Nr. HTK-1)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die Menstruation ist teuer und häufig ein unangenehmes Thema für viele junge Schüler\*innen die im jugendlichen Alter ihre Periode bekommen. Ohne Zugang zu Produkten wie Tampons, Binden oder Ähnlichem ist der Schulbesuch für menstruierende Personen sowie die Teilhabe am Sozialleben nicht möglich. Dadurch entsteht für menstruierende Menschen ein Nachteil.

Deshalb fordern wir:

**1. Menstruationsprodukte kostenlos an allen weiterführenden Schulen in Hessen zur Verfügung zu stellen und begleitend mit einer Informationskampagne über das Thema aufzuklären und weiter zu enttabuisieren.**

### Begründung

Das Geschlecht darf keinen Nachteil darstellen! Auch kann es nicht sein, dass die finanziell und soziale Stellung darüber entscheidet, ob und wie gut mit der Menstruation umgegangen werden kann. Darüber hinaus sorgt die Tabuisierung vieler Themen, die mit der Pubertät zu tun haben, dafür, dass viele junge Frauen nicht ausreichend über die verschiedenen Menstruationsprodukte aufgeklärt sind, weswegen ein kostenloses Angebot an Schulen verbunden mit einer Informationskampagne die Aufklärung fördern kann.

Kostenlose Menstruationsprodukte an weiterführenden Schulen fördern Bildungsgerechtigkeit und tragen somit auch zur Chancengleichheit bei. Außerdem hätten die Schülerinnen durch das Menstruationsangebot in der Schule geringere Sorgen über die Verfügbarkeit vor und während der Menstruation, sodass dies zu einem positiven Effekt für eine Verbesserung der mentalen Gesundheit und des Wohlbefindens sowie eine Erleichterung bei der Durchführung der Alltagsaktivitäten führen kann.



## Antrag B16-Ä01: Amendment to Kostenlose Menstruationsprodukte an hessischen Schulen

Änderungsantrag zu B16

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Hochtaunus (Unterbezirk Hochtaunus · Nr. HTK-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 2 - 5

Die Menstruation ist teuer und häufig ein unangenehmes Thema für viele junge

~~Schülerinnen~~Schüler\*innen die im jugendlichen Alter ihre Periode bekommen. Ohne Zugang zu Produkten wie Tampons, Binden oder Ähnlichem ist der Schulbesuch für ~~Mädchen und junge Frauen~~menstruierende Personen sowie die Teilhabe am Sozialleben nicht möglich. Dadurch entsteht für ~~weiblichen Schüler ein Nachteil. Das Geschlecht darf kein Nachteil darstellen~~menstruierende Menschen ein Nachteil.

### Begründung

Ergänzung da auch Transmänner und nicht binäre Personen menstruieren können.

## Antrag B17: Politische Bildung als Pflichtfach ab der 5. Klasse

<b>Antragsteller*in:</b>	Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Süd (Bezirk Hessen-Süd · Nr. BZ-1)
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung
<b>Herkunft:</b>	Bezirkskonferenz HS
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Weiterleitung an: Landtagsfraktion SPD Hessen,  
Landesparteitag SPD Hessen

Die Jusos fordern,

1. dass politische Bildung in Hessen als Pflichtinhalt für die gesamte Zeit ab der 5. Klasse gelehrt werden muss. Wie sie in den Schulalltag eingebunden wird, wird offen gelassen.
2. dass PoWi in der Oberstufe nicht mehr abwählbar ist.
3. dass das Fach Gesellschaftslehre auch in der Lehrkräfteausbildung die Rolle erhält, der es bedarf, um den Gesellschaftsunterricht auch adäquat in der Schule durchzusetzen.

### Begründung

Die Notwendigkeit von politischer Bildung ist heute unbestritten. Ohne vernünftige politische Bildung kann eine Demokratie nicht funktionieren. Jeder Mensch, der von der Schule geht, sollte fundierte Kenntnisse aus Politik und Demokratie vorweisen können. Aufgabe der Lehrkräfte muss es dabei sein, den Lehrplan des Kultusministeriums umzusetzen und dabei Bezug auf aktuelle Ereignisse nehmen.

Um zu verhindern, dass sich die Abiturientinnen und Abiturienten diesen elementaren Erkenntnissen nach nur 2 Halbjahren entziehen, fordern wir, dass das Fach Politik und Wirtschaft nicht mehr abgewählt werden kann.

Ziel dieser Maßnahme ist es neben der Vermittlung von Kenntnissen in Politik und Wirtschaft, die jungen Menschen wieder mehr für die Demokratie und insbesondere für Wahlen zu begeistern.

## Antrag B17-Ä01: Änderungsantrag zu B17

Änderungsantrag zu B17

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 1 - 7

Weiterleitung an: ~~Landeskonferenz Jusos Hessen~~, Landtagsfraktion SPD Hessen,  
Landesparteitag SPD Hessen

Die Jusos fordern,

~~1. dass die~~ 1. dass politische ~~1.~~ Bildung in Hessen als Pflicht fachinhalt für die gesamte Zeit ab der 5. Klasse beleggelehrt werden muss. ~~Ob~~ Wie sie in ~~einem eigenen Fach oder in das Fach PoWi eingliedert~~ den Schulalltag eingebunden wird, wird offen gelassen.

2. dass PoWi in der Oberstufe nicht mehr abwählbar ist.

3. dass das Fach Gesellschaftslehre auch in der Lehrkräfteausbildung die Rolle erhält, der es bedarf, um den Gesellschaftsunterricht auch adäquat in der Schule durchzusetzen.

## Antrag F01: Verkehrswende in Hessen

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1)
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	F - Verkehr und Infrastruktur
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

Verkehrswende in Hessen

**Antragssteller\*in:** Lukas Schneider

**Weiterleitung:** SPD Landesparteitag

### Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

Wir brauchen eine Mobilitätswende in Hessen, welche die Herausforderungen von ruralen und urbanen Gebieten mitdenkt und klimaneutrale Verkehrsalternativen fördert. Wir brauchen eine Verkehrswende, welche den Bahnverkehrsausbau und die Anbindung in ländlichen Regionen stärkt. Zudem benötigt es konzeptionell autofreie Innenstädte und einen Ausbau des Radverkehrs.

#### Ausbau der Radinfrastruktur und E-Mobilität in Hessen

- Wir wollen die Radwegenetze im Land ausbauen und Lücken in den Vorrangnetzen für den Radverkehr schließen. Die bereits definierten Radschnellwege werden mit uns auch schnell Gestalt annehmen. Dazu nutzen wir die neuen Chancen des Bundes, um Planungs- und Bauverfahren zu beschleunigen. Hierfür soll es ein hessenweites Radwegnetz geben.
- Mehr Diensträder für Arbeitnehmer. Das E-Bike ist gerade in urbanen Gebieten attraktiver als ein Dienstfahrzeug, da es umweltfreundlicher und günstiger ist. Das Land soll kommunale Arbeitgeber darin fördern, Dienstfahräder bereitzustellen.
- Es benötigt nach dem Nationalen Radverkehrsplans 3.0 – Fahrradland Deutschland jährliche Ausgaben von 30 Euro pro Einwohner in Hessen, um eine sichere und effiziente Radinfrastruktur bereitzustellen, hierfür fordern wir ein Budget vom 190 Millionen Euro im nächsten Haushalt für einen hessenweiten Radverkehrsausbau.
- Den Ausbau der E-Mobilität werden wir als ein weiteres zentrales Element einer gelingenden Verkehrswende weiter fördern. Dazu gehört auch die Entwicklung der entsprechenden Infrastruktur, wie zum Beispiel von Ladesäulen.

#### Bezahlbarer und effizienter ÖPNV

- Es soll für die Landkreise, kreisfreien Städte und regionalen Verkehrsbetriebe/Gesellschaften ein umfassendes Fördermittelprogramm geben, um den Ausbau von Busverbindungen im ländlichen Raum, den Ausbau der Schieneninfrastruktur in ruralen Gebieten und den Ausbau eines appbasierten Rufbussystems auch in Nachtstunden und am Wochenende zu fördern.
- Im Anschluss an das 9-Euro-Ticket die Schaffung eines 365-Euro-Tickets für ein

Jahr, am besten auf Bundesebene sowie perspektivisch einen ticketlosen ÖPNV.

- Gerade für junge Menschen soll ein Ausbau von Nachttaxis gerade im ländlichen Raum gestärkten werden, dieses Angebot soll in den Nachtstunden und am Wochenende nutzbar sein.

### **Schiennetze in Hessen ausbauen**

- Kommunen sollen bei der Planung, Umsetzung und Realisierung im Bereich Schieneninfrastruktur unterstützt werden. Hierfür soll eine Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft gegründet werden, die sich um regionale Schienenbahnprojekte kümmern soll. Die Realisierung, die Unterhaltung und die Aufrechterhaltung neben der Finanzierung von Infrastrukturprojekten soll über die Gesellschaft koordiniert und ausgeführt werden.
- Die hessischen Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft soll aus Anteilseignern des Landes und der Beteiligung der Kommunalen Familie bestehen. Sie soll maßgeblich nach ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Mobilitäts-, Umwelt- und Klimapolitik handeln.
- Nach der Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes soll die Gesellschaft sich schnellstmöglich um die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken, u. a. mit der Aartalbahn, und den Ausbau des Eisenbahnverkehrsnetzes, u. a. mit der Süd- und Osttangente Frankfurt kümmern. Des Weiteren fordern wir den schnellstmöglichen Bau und die Aktivierung bereits geplanter Strecken, wie z. B. der Regionaltangente West.

### **Begründung:**

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil für eine gerechte Gesellschaft. Wir benötigen eine sichere, kostengünstige und umweltfreundliche öffentliche Mobilitätsinfrastruktur, um den Menschen in Hessen gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Kernaufgabe der Landesregierung eine Sicherstellung der Daseinsvorsorge, seit Jahren sehen wir diese Daseinsvorsorge durch die schwarz-grüne Landesregierung gefährdet und unterfinanziert. Wir müssen die Radverkehrsnetze, die Schieneninfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr auf dem Land und in der Stadt ausbauen. Hierfür wollen wir ein umfassendes Finanzierungsprogramm in Hessen, damit dein Weg nach Hause schnell und sicher abläuft, unabhängig davon, ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt. Wir wollen und wir müssen die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes ausbauen und modernisieren, auch damit die vielfältigen Mobilitätsangebote für die Menschen zukunftssicher aufgestellt sind. Lasst uns mit einer starken SPD ein Weg in die Zukunft bauen.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich

# Antrag F01-Ä01: Änderungsantrag zu F01

Änderungsantrag zu F01

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-3)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Verkehr und Infrastruktur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

## Zeile 1

~~Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:~~

Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

Verkehrswende in Hessen

Antragssteller\*in: Lukas Schneider

Weiterleitung: SPD Landesparteitag

Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

Wir brauchen eine Mobilitätswende in Hessen, welche die Herausforderungen von ruralen und urbanen Gebieten mitdenkt und klimaneutrale Verkehrsalternativen fördert. Wir brauchen eine Verkehrswende, welche den Bahnverkehrausbau und die Anbindung in ländlichen Regionen stärkt. Zudem benötigt es konzeptionell autofreie Innenstädte und einen Ausbau des Radverkehrs.

Ausbau der Radinfrastruktur und E-Mobilität in Hessen

- Wir wollen die Radwegenetze im Land ausbauen und Lücken in den Vorrangnetzen für den Radverkehr schließen. Die bereits definierten Radschnellwege werden mit uns auch schnell Gestalt annehmen. Dazu nutzen wir die neuen Chancen des Bundes, um Planungs- und Bauverfahren zu beschleunigen. Hierfür soll es ein hessenweites Radwegnetz geben.
- Mehr Diensträder für Arbeitnehmer. Das E-Bike ist gerade in urbanen Gebieten attraktiver als ein Dienstfahrzeug, da es umweltfreundlicher und günstiger ist. Das Land soll kommunale Arbeitgeber darin fördern, Dienstfahrräder bereitzustellen.
- Es benötigt nach dem Nationalen Radverkehrsplans 3.0 – Fahrradland Deutschland jährliche Ausgaben von 30 Euro pro Einwohner in Hessen, um eine sichere und effiziente Radinfrastruktur bereitzustellen, hierfür fordern wir ein Budget vom 190 Millionen Euro im nächsten Haushalt für einen hessenweiten Radverkehrausbau.
- Den Ausbau der E-Mobilität werden wir als ein weiteres zentrales Element einer gelingenden Verkehrswende weiter fördern. Dazu gehört auch die Entwicklung der entsprechenden Infrastruktur, wie zum Beispiel von Ladesäulen.

Bezahlbarer und effizienter ÖPNV

- Es soll für die Landkreise, kreisfreien Städte und regionalen Verkehrsbetriebe/Gesellschaften

ein umfassendes Fördermittelprogramm geben, um den Ausbau von Busverbindungen im ländlichen Raum, den Ausbau der Schieneninfrastruktur in ruralen Gebieten und den Ausbau eines appbasierten Rufbusystems auch in Nachtstunden und am Wochenende zu fördern.

- Im Anschluss an das 9-Euro-Ticket die Schaffung eines 365-Euro-Tickets für ein Jahr, am besten auf Bundesebene sowie perspektivisch einen ticketlosen ÖPNV.
- Gerade für junge Menschen soll ein Ausbau von Nachttaxis gerade im ländlichen Raum gestärkten werden, dieses Angebot soll in den Nachtstunden und am Wochenende nutzbar sein.

### Schienennetze in Hessen ausbauen

- Kommunen sollen bei der Planung, Umsetzung und Realisierung im Bereich Schieneninfrastruktur unterstützt werden. Hierfür soll eine Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft gegründet werden, die sich um regionale Schienenbahnprojekte kümmern soll. Die Realisierung, die Unterhaltung und die Aufrechterhaltung neben der Finanzierung von Infrastrukturprojekten soll über die Gesellschaft koordiniert und ausgeführt werden.
- Die hessischen Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft soll aus Anteilseignern des Landes und der Beteiligung der Kommunalen Familie bestehen. Sie soll maßgeblich nach ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Mobilitäts-, Umwelt- und Klimapolitik handeln.
- Nach der Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes soll die Gesellschaft sich schnellstmöglich um die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken, u. a. mit der Aartalbahn, und den Ausbau des Eisenbahnverkehrsnetzes, u. a. mit der Süd- und Osttangente Frankfurt kümmern. Des Weiteren fordern wir den schnellstmöglichen Bau und die Aktivierung bereits geplanter Strecken, wie z. B. der Regionaltangente West.

### Begründung:

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil für eine gerechte Gesellschaft. Wir benötigen eine sichere, kostengünstige und umweltfreundliche öffentliche Mobilitätsinfrastruktur, um den Menschen in Hessen gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Kernaufgabe der Landesregierung eine Sicherstellung der Daseinsvorsorge, seit Jahren sehen wir diese Daseinsvorsorge durch die schwarz-grüne Landesregierung gefährdet und unterfinanziert. Wir müssen die Radverkehrsnetze, die Schieneninfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr auf dem Land und in der Stadt ausbauen. Hierfür wollen wir ein umfassendes Finanzierungsprogramm in Hessen, damit dein Weg nach Hause schnell und sicher abläuft, unabhängig davon, ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt. Wir wollen und wir müssen die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes ausbauen und modernisieren, auch damit die vielfältigen Mobilitätsangebote für die Menschen zukunftssicher aufgestellt sind. Lasst uns mit einer starken SPD ein Weg in die Zukunft bauen.

### **Zeile 2 - 6**

~~Wir brauchen eine Mobilitätswende in Hessen, welche die Herausforderungen von ruralen und urbanen Gebieten mitdenkt und klimaneutrale Verkehrsalternativen fördert. Wir brauchen eine~~

~~Verkehrswende, welche den Bahnverkehrausbau und die Anbindung in ländlichen Regionen stärkt. Zudem braucht es konzeptionell autofreie Innenstädte und ein Ausbau des Radverkehrs.~~

**Zeile 7**

**Zeile 8**

~~Hierfür benötigen wir:~~

**Zeile 9 - 12**

- ~~• Wir wollen die Radwegenetze im Land ausbauen und Lücken in den Vorrangnetzen für den Radverkehr schließen. Die bereits definierten Radschnellwege werden mit uns auch schnell Gestalt annehmen. Dazu nutzen wir die neuen Chancen des Bundes, um Planungs- und Bauverfahren zu beschleunigen.~~

**Zeile 13 - 17**

- ~~• Für den von uns angestrebten Modernisierungsschub ist auch eine durchgängige Digitalisierung der Kundenangebote für den Personenverkehr erforderlich. Mit landeseinheitlicher Kunden-App auf dem Smartphone und kilometergenauer Abrechnung der Beförderungsleistung wollen wir für ganz Hessen einen wichtigen Schritt in die digitale Zukunft machen.~~

**Zeile 18 - 20**

- ~~• Den Ausbau der E-Mobilität werden wir als ein weiteres zentrales Element einer gelingenden Verkehrswende weiter fördern. Dazu gehört auch die Entwicklung der entsprechenden Infrastruktur, wie zum Beispiel von Ladesäulen.~~



## Antrag F03: Schaffung einer hessischen Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft

<b>Antragsteller*in:</b>	Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Süd (Bezirk Hessen-Süd · Nr. BZ-1)
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	F - Verkehr und Infrastruktur
<b>Herkunft:</b>	BEKO HS
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die SPD Hessen und die SPD-Landtagsfraktion sollen sich dafür einzusetzen, dass

1. Der ÖPNV in Hessen ausgebaut wird, um einen ökologischen-sozialen Verkehrsansatz zu verfolgen. Die aktuelle Landesregierung kommt dieser Aufgabe in ungenügender Art und Weise nach.
2. Kommunen brauchen Unterstützung bei der Planung, Umsetzung und Realisierung von Projekten im Bereich Schieneninfrastruktur. Diese Aufgabe allein den Kommunen und Verbänden zu überlassen, und sich als Land zurückzuziehen mit der Begründung als Zuwendungsgeber, bremst den notwendigen Ausbau des ÖPNV. Zudem verschärfen sich Ungleichheiten in der Stadt und auf dem Land.
3. Daher soll eine hessische Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft gegründet werden, die sich um regionale Eisen- und Schienenbahnprojekte kümmert, Planungen übernehmen und bündeln, die Realisierung, die Unterhaltung und die Aufrechterhaltung neben der Finanzierung von Infrastrukturprojekten übernimmt. Dafür braucht es auch eine eng mit den Kommunen abgestimmte Vorgehen.
4. Die hessische Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft soll aus Anteilseignern des Landes und der Beteiligung der kommunalen Familie bestehen.
5. Die Landeseisenbahninfrastrukturgesellschaft soll maßgeblich nach ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Mobilitäts-, Umwelt- und Klimapolitik handeln.
6. Nach der Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes soll die Gesellschaft sich schnellstmöglich um die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken, u.a. mit der Aartalbahn, und den Ausbau des Eisenbahnverkehrsnetzes, u.a. mit der Süd- und Osttangente Frankfurt, kümmern. Ferner fordern wir den schnellstmöglichen Bau und die Aktivierung bereits geplanter Strecken, wie z.B. der Regionaltangente West.

7. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dass die Vorgaben für die neuen KNU Berechnung schnellstmöglich vorgelegt werden soll. Dabei zählen für uns neben Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auch Klimaschutzaspekte, Gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Erschließung/Anbindung als wichtige Kriterien.

## Antrag N01: Digitalisierung für Hessen

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1)
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	N - Netzpolitik und Digitalisierung
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Die Landeskonzferenz der Jusos Hessen möge beschließen:

Die digitale Wende in Hessen ist ein erforderlicher Schritt, um Hessen als Wirtschaftsstandort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten und die öffentliche Verwaltung effizienter umzustrukturieren. Die Digitalisierung ist ein fortschreitender Prozess der sämtlichen Lebensbereiche beeinflusst und durch neue innovative Abläufe unsere Arbeitswelt verändern wird. Ob die neuen Entwicklungen der Industrie 4.0 oder die Umgestaltungen unserer Behörden, wir müssen mit sozialdemokratischen Konzepten uns auf diese Revolution unserer Arbeitswelt vorbereiten und mitgestalten.

Hierfür sollen folgende Konzepte umgesetzt werden:

### Digitale Infrastruktur stärken

- Bei allen Verbandsgemeinden, Kreisangehörigen Städten, Kreisfreien Städten und Landkreisen neue Stellen für die Digitalisierung geschaffen werden. Diese sollen durch das Land bezuschusst und langfristig in den Stellenplänen der Kommunen verankert werden.
- Im Zuge der Digitalisierung wird es einen Umbruch in der Arbeitswelt geben. Um Arbeitnehmer\*innen optimal zu unterstützen, soll das Land Hessen ein ausgeweitetes Weiterbildungsprogramm im digitalen Bereich ausweiten. Handelnden aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltung und Zivilgesellschaft sollen zusammengebracht werden, um ein umfassendes Konzept zur digitalen Weiterbildung zu ermöglichen. Hierfür soll es als Ergebnis einen Pakt für digitale Weiterbildung geben.
- Die Digitalisierung fester und elementarer Bestandteil der Ausbildung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Hessen
- Es sollen Förderprogramme für Modelkommunen ausgebaut und interkommunaler Austausch gefördert werden.
- WLAN-Ausbau und die Förderung von digitalen Schulungsmethoden sollen ausgebaut werden.
- Der WLAN-Ausbau und themenübergreifende Medienkompetenzen an Schulen sollen gestärkt werden, hierfür sollen hessenweite Workshops und Schulfahrten gefördert werden, um SuS auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.
- Umfassender Ausbau des Glasfasernetzes, um die optimale Versorgung zu gewährleisten, sollen mit Kommunen und Anbietern ein Mapping mit konkreten Lösungen für Gebiete ohne realistische privatwirtschaftliche Ausbauperspektive erarbeitet werden. Dabei unterstützen soll ein bundesweites Förderprogramm ohne Aufgreifschwelle, wobei der Ausbau unterversorgter Gebiete weiter Priorität hat.
- Es soll einen flächendeckenden Ausbau der 5G Netzinfrastruktur in Hessen geben. Kriterium für

den Erfolg wird dabei die Netzabdeckung in der Fläche sein

- Hessische und kommunale Behörden sollen nach dem Vorbild Dänemark stärker digitalisiert und effizienter ausgebaut werden. Hierfür soll es möglich sein, dass Anträge digital gestellt werden können. Wenn man seinen Personalausweis neu beantragen muss oder einen Kita-Platz benötigt, soll es ein zentrales Melderegister geben, bei dem man alles digital beantragen kann.

#### **Begründung:**

Die Digitalisierung unserer Arbeitswelt und unseres gesellschaftlichen Lebens bringt viele Risiken mit sich, aber viele Chancen für unser Land. Wir als Jusos wollen, den Umbruch der Arbeitswelt sozial gerecht gestalten und unsere Infrastruktur nach neuestem technischem Standard ausbauen. Hierfür ist es entscheidend, dass in Hessen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um digitale Weiterbildung an Schulen und im Beruf zu ermöglichen, wir müssen unsere Gesellschaft auf die Zukunft vorbereiten. Für die benötigten Kompetenzen in den digitalen Bereichen brauchen wir aber auch die nötige Infrastruktur, weswegen wir einen umfassenden Ausbau des Glasfasernetzes und des G5-Netzes brauchen. Hessen wird fit für die Zukunft

- WLAN-Ausbau und die Förderung von digitalen Schulungsmethoden sollen ausgebaut werden

#### **Begründung**

Erfolgt mündlich

# Antrag N01-Ä01: Änderungsantrag zu N01

Änderungsantrag zu N01

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Frankfurt (Unterbezirk Frankfurt · Nr. FFM-3)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	N - Netzpolitik und Digitalisierung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

## Zeile 1

**Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:**

**Die Landeskonferenz der Jusos Hessen möge beschließen:**

Die digitale Wende in Hessen ist ein erforderlicher Schritt, um Hessen als Wirtschaftsstandort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten und die öffentliche Verwaltung effizienter umzustrukturieren. Die Digitalisierung ist ein fortschreitender Prozess der sämtlichen Lebensbereiche beeinflusst und durch neue innovative Abläufe unsere Arbeitswelt verändern wird. Ob die neuen Entwicklungen der Industrie 4.0 oder die Umgestaltungen unserer Behörden, wir müssen mit sozialdemokratischen Konzepten uns auf diese Revolution unserer Arbeitswelt vorbereiten und mitgestalten.

Hierfür sollen folgende Konzepte umgesetzt werden:

### Digitale Infrastruktur stärken

- Bei allen Verbandsgemeinden, Kreisangehörigen Städten, Kreisfreien Städten und Landkreisen neue Stellen für die Digitalisierung geschaffen werden. Diese sollen durch das Land bezuschusst und langfristig in den Stellenplänen der Kommunen verankert werden.
- Im Zuge der Digitalisierung wird es einen Umbruch in der Arbeitswelt geben. Um Arbeitnehmer\*innen optimal zu unterstützen, soll das Land Hessen ein ausgeweitetes Weiterbildungsprogramm im digitalen Bereich ausweiten. Handelnden aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltung und Zivilgesellschaft sollen zusammengebracht werden, um ein umfassendes Konzept zur digitalen Weiterbildung zu ermöglichen. Hierfür soll es als Ergebnis einen Pakt für digitale Weiterbildung geben.
- Die Digitalisierung fester und elementarer Bestandteil der Ausbildung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Hessen
- Es sollen Förderprogramme für Modelkommunen ausgebaut und interkommunaler Austausch gefördert werden.
- WLAN-Ausbau und die Förderung von digitalen Schulungsmethoden sollen ausgebaut werden.
- Der WLAN-Ausbau und themenübergreifende Medienkompetenzen an Schulen sollen gestärkt werden, hierfür sollen hessenweite Workshops und Schulfahrten gefördert werden, um SuS auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.
- Umfassender Ausbau des Glasfasernetzes, um die optimale Versorgung zu gewährleisten, sollen mit Kommunen und Anbietern ein Mapping mit konkreten Lösungen für Gebiete ohne

realistische privatwirtschaftliche Ausbauperspektive erarbeitet werden. Dabei unterstützen soll ein bundesweites Förderprogramm ohne Aufgreifschwelle, wobei der Ausbau unterversorgter Gebiete weiter Priorität hat.

- Es soll einen flächendeckenden Ausbau der 5G Netzinfrastruktur in Hessen geben. Kriterium für den Erfolg wird dabei die Netzabdeckung in der Fläche sein
- Hessische und kommunale Behörden sollen nach dem Vorbild Dänemark stärker digitalisiert und effizienter ausgebaut werden. Hierfür soll es möglich sein, dass Anträge digital gestellt werden können. Wenn man seinen Personalausweis neu beantragen muss oder einen Kita-Platz benötigt, soll es ein zentrales Melderegister geben, bei dem man alles digital beantragen kann.

### Begründung:

Die Digitalisierung unserer Arbeitswelt und unseres gesellschaftlichen Lebens bringt viele Risiken mit sich, aber viele Chancen für unser Land. Wir als Jusos wollen, den Umbruch der Arbeitswelt sozial gerecht gestalten und unsere Infrastruktur nach neuestem technischem Standard ausbauen. Hierfür ist es entscheidend, dass in Hessen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um digitale Weiterbildung an Schulen und im Beruf zu ermöglichen, wir müssen unsere Gesellschaft auf die Zukunft vorbereiten. Für die benötigten Kompetenzen in den digitalen Bereichen brauchen wir aber auch die nötige Infrastruktur, weswegen wir einen umfassenden Ausbau des Glasfasernetzes und des G5-Netzes brauchen. Hessen wird fit für die Zukunft

### **Zeile 2 - 9**

~~Die digitale Wende in Hessen ist ein erforderlicher Schritt, um Hessen als Wirtschaftsstandort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten und die öffentliche Verwaltung effizienter umzustrukturieren. Die Digitalisierung ist ein fortschreitender Prozess der sämtlichen Lebensbereiche beeinflusst und durch neue innovative Abläufe unsere Arbeitswelt verändern wird. Ob die neuen Entwicklungen der Industrie 4.0 oder die Umgestaltungen unserer Behörden, wir müssen mit sozialdemokratischen Konzepten uns auf diese Revolution unserer Arbeitswelt vorbereiten und mitgestalten.~~

### **Zeile 10**

~~Hierfür sollen folgende Konzepte umgesetzt werden:~~

### **Zeile 11 - 14**

- ~~Bei allen Verbandsgemeinden, Kreisangehörigen Städten, Kreisfreien Städten und Landkreisen neue Stellen für die Digitalisierung geschaffen werden. Diese sollen durch das Land bezuschusst und langfristig in den Stellenplänen der Kommunen verankert werden.~~

### **Zeile 15 - 16**

- ~~Die Digitalisierung fester und elementarer Bestandteil der Ausbildung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Hessen~~

**Zeile 17 - 18**

- ~~Förderprogramme für Modelkommunen ausgebaut und interkommunaler Austausch gefördert werden.~~

**Zeile 19 - 24**

- ~~Betriebsräte müssen bei Entscheidungen rund um die Digitalisierung der eigenen Unternehmen stärker eingebunden werden. So müssen sie künftig bei allen Digitalisierungsvorhaben im Unternehmen und bei jeder Entwicklung von neuen digitalen Diensten und Produkten beteiligt werden. Dafür müssen den Betriebsräten genügend Ressourcen vonseiten der Unternehmen bereitgestellt werden.~~

## Antrag U01: Erhalt von Kreissälen im ländlichen Raum

Antragsteller*in:	Landesvorsitz Jusos Hessen (Landesverband · Nr. LV-1)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	U - Umwelt-, Klima- Verbraucherschutz und Gesundheit
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

- ~~Dass Kreissäle im ländlichen Raum, vor allem von kommunalen Trägern, erhalten bleiben müssen.~~ „Kreissäle im ländlichen Raum, insbesondere von kommunalen Trägern, müssen erhalten bleiben. Eine schnelle Geburtsversorgung darf nicht zur Frage des Wohnorts werden!“
- Dass Versorgungslücken bei Kreissälen im ländlichen Raum geschlossen werden.
- „Dass der hessische Krankenhausstrukturplan überarbeitet werden muss. Hierbei soll ein besonderes Augenmerk auf die Kreissaalversorgung gelegt werden!“
- „Dass das Land Hessen weitere Finanzierungspakete für Kreissäle entwickelt, um die DRG bedingten Finanzierungslücken der Geburtsversorgung zu schließen.“

### Begründung

Kinder kommen zu Welt egal wann und wo. Es ist einer der natürlichsten Prozesse der Welt und hält sich vor allem nicht an den Zeit- und Strukturplan irgendwelcher Einrichtungen. Kinder kommen nicht nur in urbanen Regionen zur Welt, sondern überall, also auch in ländlichen Gebieten unseres Bundeslandes. Leider spiegelt das Versorgungsnetzwerk diesen Bedarf in Hessen nicht wider. Die Vorstellung, dass Gebärende befürchten müssen, ihren Säugling im Auto zu Welt zu bringen, klingt nicht sehr verlockend. Dies kann aber schneller Realität werden, als gedacht.

Dies wird besonders am aktuellen Beispiel des Kreissaals in Dillenburg deutlich. Dieser, durch einen kommunalen Träger unterhaltener Kreissaal soll demnächst geschlossen werden. Die bittere Realität wäre, dass Gebärende aus dieser Region entweder bis nach Marburg oder Gießen bzw. nach Siegen müssten, um die Geburt mit entsprechenden Fahrpersonal begleiten zu lassen. Eine Geburt ist immer noch mit großen Risiken verbunden, für Kind und Gebärende. Hier müssen wir uns für eine vernünftige kommunale Struktur und für den Erhalt von Kreissälen einsetzen, damit die Wege, vor allem bei Notfällen entsprechend kurz sind. Darüber hinaus, darf die selbstbestimmte Kreissaalwahl von Schwangeren kein Luxusgut sein, auch nicht im ländlichen Raum



## Antrag U01-Ä01: Änderungsantrag zu U01

Änderungsantrag zu U01

Antragsteller*in:	Mark Müller (SPD-Unterbezirk Lahn-Dill)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt-, Klima- Verbraucherschutz und Gesundheit
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

### Zeile 1 - 2

- ~~Dass Kreissäle im ländlichen Raum, vor allem von kommunalen Trägern, erhalten bleiben müssen.~~
- Dass Kreissäle im ländlichen Raum, vor allem von kommunalen Trägern, erhalten bleiben müssen. „Kreissäle im ländlichen Raum, insbesondere von kommunalen Trägern, müssen erhalten bleiben. Eine schnelle Geburtsversorgung darf nicht zur Frage des Wohnorts werden!“

### Zeile 3

- Dass Versorgungslücken bei Kreissälen im ländlichen Raum geschlossen werden.
- „Dass der hessische Krankenhausstrukturplan überarbeitet werden muss. Hierbei soll ein besonderes Augenmerk auf die Kreissaalversorgung gelegt werden!“
- „Dass das Land Hessen weitere Finanzierungspakete für Kreissäle entwickelt, um die DRG bedingten Finanzierungslücken der Geburtsversorgung zu schließen.“

## Antrag U02: Recht auf geschlechterspezifische Pflege

<b>Antragsteller*in:</b>	Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3)
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	U - Umwelt-, Klima- Verbraucherschutz und Gesundheit
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des hessischen Gesetzes über Betreuungs- und Pflegeleistungen (HGBP) herbeizuführen, mit der ein Anspruch auf geschlechtsspezifische und gendersensible Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen sichergestellt wird. Der Landesvorstand wird ersucht, das Ziel eines entsprechenden Rechts auf geschlechtsspezifische Pflege in seinen Entwurf für ein Landtagswahlprogramm 2024 aufzunehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des Sozialgesetzbuchs 11 Pflegeversicherung herbeizuführen, mit der ein Anspruch auf geschlechtsspezifische und gendersensible Pflege im ambulanten und in stationären Bereich der Pflege hergestellt und wirtschaftlich abgesichert wird. Damit ist sicherzustellen, dass dadurch keine Verschärfung des Fachkräftemangels im Pflegebereich eintritt.

### Begründung

Die Individualität der zu Pflegenden und eine an biografisch geprägten Vorstellungen orientierte Pflege macht unter anderem eine Sensibilität für spezifische Bedürfnisse von Pflegebedürftigen erforderlich. Darunter gehören auch genderspezifische Aspekte. Die gendersensible Perspektive betrifft alle Bereiche des Gesundheitssystems, insbesondere die Pflege und Physiotherapie. Sie kann zu einer individuelleren Versorgung der Bevölkerung und damit zu einer verbesserten Qualität beitragen. Dabei sollte man nicht auf die Forderung einer geschlechterspezifischen Pflege beschränkt bleiben. Um Genderfragen erfolgreich zu bewältigen, sind strukturelle Veränderungen in der Ausbildung eine Voraussetzung für alltägliche Gendersensibilität in den Pflegeeinrichtungen. Selbst wenn einzelne Fachkräfte bereit sind, gendersensible Maßnahmen zu ergreifen, lassen sich bestehende Einstellungen und etablierte Pflegemuster nicht leicht ändern. Um die Gendersensibilität in der Gesundheitspraxis zu fördern, ist ein langfristiger und strukturorientierter Ansatz notwendig.<sup>[1]</sup>

Am Beispiel einer Befragung zum aktuellen Stand der Integration von Aspekten der Gendersensibilität in Rahmenlehr- und Ausbildungsrahmenpläne, Ausbildungskonzepte und Lernzielkataloge für Beschäftigte im Gesundheitswesen wurde festgestellt, dass es insgesamt große Bemühungen gibt, das Thema in die Curricula zu integrieren. Zwei Drittel der befragten Einrichtungen haben allerdings lediglich einzelne Lehrveranstaltungen in die Pläne integriert. Eine systematische Integration der Inhalte wäre notwendig, um eine qualitativ hochwertige therapeutische Versorgung zu fördern.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend wurde bereits im Jahr 2002 ein Rechtsgutachten zur Frage des Wunsches nach Pflegepersonen des eigenen Geschlechts, erstellt. Es befasst sich erstmals eingehend und umfassend mit den rechtlichen

Rahmenbedingungen über das in der Verfassung verankerte Recht pflegebedürftiger Menschen auf den staatlichen Schutz ihrer Würde und Selbstbestimmung. Dabei kommt dieses zum Ergebnis, dass nicht nur auf der Grundlage einfachgesetzlicher Leistungsrahmen, der Wunsch nach einer geschlechterspezifischen Pflege berücksichtigt werden kann. Vielmehr sei auch aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgabe, dem Wunsch- und Wahlrecht im Bereich der Pflegeversicherung (§ 2 SGB XI) und mit Hinzunahme des Individualisierungsprinzip der Sozialhilfe (§ 3 BSHG) ein Recht auf geschlechterspezifische Pflege argumentierbar. Die dabei entstehenden Mehrkosten, die vom Träger der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe zu übernehmen sind, müssen dem Prinzip der Angemessenheit entsprechen. Entscheidend ist die staatliche Schutzpflicht des Intimbereichs pflegebedürftiger Menschen, zumindest in den Fällen, in denen diese Schutzpflicht bei der Leistungserbringung zum Tragen kommt.

Das `Selbstbestimmungsrecht und das Individualisierungsprinzip´ sei - so das Ergebnis des Gutachtens - „verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass jedenfalls bei Leistungen, die in den Intimbereich der Betroffenen eingreifen, der Wunsch nach Pflegekräften des eigenen Geschlechts nicht abgelehnt werden darf.“<sup>[2]</sup>

Frauen stellen nach wie vor, sowohl in der privathäuslichen als auch in der beruflichen Pflege die deutliche Mehrheit dar. Dies gilt insbesondere in der körpernahen Pflegetätigkeit. Es könnte einen Hinweis darauf geben, dass die Umsetzung eines Rechts auf geschlechterspezifische Pflege zumindest im Falle der Frauen einfacher umsetzbar ist. Im Falle der Männer wäre allerdings ein gewisser Personalaufwand denkbar. Dabei hängt der Aufwand in beiden Fällen von der Nachfrage auf geschlechterspezifische Pflege ab. Die Bedürfnisse von FLINTA (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans, Agender) sollen bei der Erarbeitung des Konzepts im besonderen Maße berücksichtigt werden.<sup>[3]</sup> Die Entwicklung von gendersensibler Pflege ist unabdingbar um stereotypierten Geschlechtervorstellungen in Einrichtungen entgegenzuwirken. Damit verbunden sind soziokulturelle konstruierte Rollenbilder, die die Personen aufgrund ihres Geschlechts klassifizieren und somit dafür sorgen, dass in der täglichen Praxis, die Pflege nicht anhand der Bedürfnisse der Personen, sondern anhand von gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und deren Zuschreibungen erfolgt.

Bereits 2018 forderte der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung einen Anspruch auf eine gleichgeschlechtliche Pflegekraft. Frauen in Hessen sollen wenn gewünscht von Frauen gepflegt werden. Dieser Rechtsanspruch soll generell gelten - also auch für männliche Pflegebedürftige. Nach Auffassung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müsse stärker auf die besonders häufig auftretende Gewalt gegen Frauen mit Behinderung eingegangen werden. Drei von Vier Frauen mit Behinderung sind von Gewalt betroffen.<sup>[4]</sup>

Diese doppelten Diskriminierung muss stärker in den Fokus genommen werden. Eine hessische Initiative, um dies auf Bundesebene zu Regeln, wäre wünschenswert.

[1] Vgl.: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0738399110004179>

[2] <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84486/341a2c27c0dd0e1e1cff9237fbda0de5/prm-24314-rechtsgutachten-data.pdf>

[3] Vgl.: Backes, Amrhein, Wolfinger (2020): Gender in der Pflege Herausforderungen für die Politik. Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik. Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und

Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. ISBN: 978-3-89892-942-4

[4] Vgl.: <https://www.fr.de/rhein-main/frauen-sollen-pflegerin-bestehen-koennen-10965581.html>

## Antrag U03: Sexuelle Gesundheit in Deutschland sicherstellen

Antragsteller*in:	Bezirksvorsitz Jusos Hessen-Nord (Bezirk Hessen-Nord · Nr. BZ-3)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt-, Klima- Verbraucherschutz und Gesundheit
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Sexuell übertragbare Krankheiten können, wenn sie unerkannt bleiben, schwerwiegende Folgen haben. Um diese Folgen zu vermindern, zur Entstigmatisierung rund um Geschlechtskrankheiten beizutragen und Ansteckungsraten zu vermindern fordern wir: Die Einrichtung kostenfreier, einfach zugänglicher Testmöglichkeiten (z.B. in Krankenhäusern und Fachärzt\*innenpraxen) für den Test auf sexuell übertragbare Krankheiten (Geschlechtskrankheiten). Die vereinfachte Kostenübernahme dieser Tests, auch bei Personen ohne Krankenversicherung.

### Begründung

Öffentlichkeitskampagnen sind nicht genug: Um Menschen vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen und um Ansteckungen zu verhindern ist es vor allem wichtig herauszufinden, welche Krankheiten eine Person hat. In der Praxis ist es jedoch in Deutschland sehr schwer, Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten durch einen\*eine Arzt\*Ärztin zu bekommen. Im Zweifel müssen Tests selbst bezahlt werden, und sind mit Stigmatisierung sowohl bei den Ärzt\*innen als auch im sozialen Umfeld verbunden. All dies hat überproportionale Auswirkungen auf Menschen aus weniger wohlhabenden Umfeldern.

So sind beispielsweise Chlamydien besonders unter jungen Menschen in Deutschland ein großes Problem. Tests werden durch die Krankenkasse jedoch nur bezahlt, wenn es bereits Anzeichen für eine Infektion gibt, auch wenn Infektionen häufig erst nach langer Infektionszeit Symptome hervorrufen, und ohne eine Behandlung langfristige und schwerwiegende Folgen haben können. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, einfach zugängliche Tests anzubieten, so dass weitere Ansteckungen verhindert werden, und Spätfolgen, beispielsweise Unfruchtbarkeit, verhindert werden können. Auf diese Weise könnten auch HPV-Viren bei Männern\* entdeckt werden, um die weitere Ausbreitung der Viren zu vermindern.

Sexuell übertragbare Krankheiten sind bei Früherkennung behandelbar. Selbst HIV kann bei früher Entdeckung durch heutige Medikamente so unterdrückt werden, dass Schwangerschaft und Geburt kein Risiko für das ungeborene Kind mehr darstellen, und sogar eine Übertragung an Geschlechtspartner\*innen fast unmöglich wird. Die Fortschritte der Medizin sind jedoch nur anwendbar, wenn die Krankheiten auch früh genug erkannt werden. Dazu wären Kliniken, in denen kostenfrei und diskret auf sexuelle Krankheiten getestet wird, auch in Fällen, in denen keine Krankenversicherung vorliegt, ein enorm wichtiger Schritt. In einem wohlhabenden Land wie Deutschland muss es möglich sein, diese Krankheiten frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, um Menschen vor vermeidbaren Spätfolgen, vor Ansteckung und vor Übertragung zu schützen.

Darüber hinaus wäre hier die Möglichkeit gegeben, Stigmata rund um diese Krankheiten abzubauen, und insbesondere junge Menschen über sicheren Geschlechtsverkehr aufzuklären.

In den vorgeschlagenen Kliniken soll auch ohne Indikation einer vorliegenden Infektion auf die häufigsten Geschlechtskrankheiten (HIV, Syphilis, Chlamydien, HPV, etc.) getestet werden.

Ergebnisse sollen diskret, beispielsweise telefonisch, mitgeteilt werden. In anderen Ländern (bspw. Großbritannien) wird dies bereits praktiziert.